



Concordia übernimmt Intras-Kunden  
Inland / 3



Gesamtlösung im Steuerstreit mit Italien  
Wirtschaft / 11



FL-Zweierbob im Europacup auf Rang 19  
Sport / 15

## NEWSMIX

### Neues Abkommen in Aussicht

**VADUZ** – Mit den Britischen Jungferninseln (British Virgin Islands, BVI) bahnt sich ein Steuerinformationsaustauschabkommen (TIEA) nach den Vorgaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) an. Wie die «BVI-News» berichten, war eine Delegation des «British Virgin Islands International Finance Centre» (BVIIFC) in Liechtenstein und der Schweiz zu Gast, um entsprechende Gespräche zu führen. Unter der Führung von Elvis Harrigan, Mitglied des Legislativrats der Inselgruppe, und BVIIFC-Direktorin Sherri Ortiz traf die Abordnung nach Angaben der «BVI-News» in Liechtenstein mit «dem Direktor der Finanzmarktaufsicht und dem TIEA-Chef-Unterhändler» zusammen. Neben der Anbahnung von Verhandlungen über ein Steuerinformationsabkommen sei die BVI-Delegation auf Einladung des ATU General Trust und der VP-Bank mit Vertretern von «Schlüsselunternehmen, Treuhändern und Bankenvertretern» zusammen gekommen. Dabei sei, den «BVI-News» zufolge, von den «meisten» Anwesenden die Zustimmung für ein Steuerinformationsabkommen signalisiert worden. (ky)

### Rückgang im Aussenhandel etwas verlangsamt

**BERN** – Der Krebsgang im Schweizer Aussenhandel hat sich im Oktober etwas verlangsamt. Die Exporte sanken im Vorjahresvergleich um elf Prozent, wie die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) am Donnerstag mitteilte. Die Importe schrumpften, weiterhin vor allem aufgrund des Rückgangs bei den Energieträgern, um 15,9 Prozent. (ap)

# Rotstift blieb in der Tasche

## Landtag diskutiert lange übers Sparen und befürwortet Defizitbudget 2010

**VADUZ** – Die Wirtschafts- und Finanzplatzkrise beschert Liechtenstein im kommenden Jahr ein Defizit von mehr als 180 Mio. Franken. Sparen wäre angesagt, doch Regierung und Landtag konnten sich nicht dazu durchringen.

• Johannes Mattivi

An der nötigen Einsicht zum Sparen hätte es im gestrigen Landtag nicht gefehlt, als der Landesvoranschlag und das Finanzgesetz 2010 diskutiert wurden. Der VU-Abgeordnete Günther Kranz gab in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Finanzkommission das Ziel für die künftigen Staatshaushalte vor: Bei den Ausgaben müssten Zurückhaltung und Disziplin geübt werden, auch wenn die nötigen Spar-

massnahmen den Beginn eines schmerzhaften Weges für Regierung und Landtag bedeuten würden. Es gebe zwar Hinweise, dass der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise überschritten sei und dass sich die Finanzmärkte bereits zu erholen beginnen. Allerdings könnte sich dieser Aufschwung als neuerliche Blase erweisen.

### Kleine Einsparung

Sparen lautete also das mehr formulierte Ziel in der gestrigen Budgetdebatte. Doch wo, wenn 90 Prozent der Staatsausgaben gebunden sind? Beispielsweise bei Luxusausgaben wie der von der Staatskasse bislang gewährten Verzinsung auf die vorausbezahlte Lohnsteuer der Steuerzahler. 0,75 Prozent betrug diese Verzinsung zuletzt – für die

Lohnsteuer 2009 wird diese nach dem Willen der Regierung auf null reduziert. Ein kleines Opfer, wie Regierungschef Klaus Tschütscher meinte. «Denn wie kommt der Staat dazu, von Bürgern geschuldete Abgaben auch noch zu verzinsen? Das gibt es in keinem anderen Land.»

FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser ortete darin allerdings eine Attacke auf den kleinen Steuerzahler und eine indirekte Steuererhöhung. Entsprechend stellte Kaiser im Namen der Fraktion den Antrag, die Verzinsung bei den bisherigen 0,75 Prozent zu belassen. In der Abstimmung unterlag dieser Antrag jedoch mit 17:8 Stimmen.

### Gescheiterte grosse Einsparung

Grosses Einsparungspotenzial sah FBP-Fraktionssprecher Kaiser beim

vorgesehenen Staatsbeitrag für die Finanzmarktaufsicht (FMA). 10,7 Mio. Franken soll die FMA 2010 vom Staat erhalten. Für Kaiser eine unerhörte Summe, weil seiner Ansicht nach die FMA massiv zu viel Personal eingestellt habe und zudem noch ab Herbst 2010 luxuriöse Büroräume für 1,8 Mio. Franken Jahresmiete beziehen wolle. Kaiser stellte den Antrag, den Staatsbeitrag an die FMA auf 8 Mio. Franken zu reduzieren und bekam dabei Schützenhilfe vom VU-Abgeordneten Gebhard Negele. Kritik an diesem Antrag kam dann aber nicht nur von der VU, sondern auch aus den eigenen Reihen, von den Abgeordneten Elmar Kindle und Christian Batliner. Der Kürzungsantrag wurde mit 13 zu 12 Stimmen knapp verworfen.

Landtag auf Seiten 3-5



FOTO MICHAEL ZANGHELLINI

**Zivilcourage** haben im vergangenen Jahr zahlreiche Menschen in Liechtenstein bewiesen. Gestern konnten einige von ihnen dafür im Rahmen der Preisverleihung von «DemoGrazia» die verdiente Anerkennung ernten. Im Bild von links die Preisträger Daniel Seger und Patrick Risch von der Gruppe FLay, Emmi Frick in Vertretung für ihre ausgezeichnete Schwester Rebecca, Bernadette Kubik-Risch (Leiterin Stabsstelle Chancengleichheit) und die Preisträgerin Ruhije Eris. Ein ausführlicher Bericht folgt in unserer Ausgabe von morgen Samstag. (vb)

## INHALT

Inland	2-9	Kultur	25
Ausland	10	Kino/Wetter	26
Wirtschaft	11-14	TV	27
Sport	15-17	International	28

www.volksblatt.li



Fr. 1.80 Tel. +423/237 51 51  
132. JAHRGANG, NR. 264 Verbund Südostschweiz

**TELECOM**  
Liechtenstein

CONNECTA TVision.

TV jetzt neu!

www.telecom.li

## Bauern wehren sich «Nur Zwischenhoch»

### Für Abbruch der Verhandlungen mit der EU

**BERN** – Der Schweizerische Bauernverband (SBV) will die Grenzen für Agrarprodukte aus der EU nicht öffnen.

Die SBV-Delegierten fordern den Bundesrat auf, die laufenden Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen abzubrechen. Der Entscheid fiel an der 77. Delegiertenversammlung (DV) in Bern, an der mehr als 300 Delegierte anwesend waren, wie SBV-Sprecherin Sandra Helfenstein auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA sagte. Es habe nur eine Gegenstimme gegeben.

Aktuelle Berechnungen des SBV zeigten, dass ein umfassendes

Agrarfreihandelsabkommen mit der EU kein glaubwürdiger Befreiungsschlag für den Fall eines Abschlusses der stockenden WTO-Verhandlungen sei, sagte SBV-Präsident und Nationalrat (SVP/TG) Hansjörg Walter vor den Delegierten.

Im Gegenteil, durch eine Kombination der beiden Szenarien – Welthandelsorganisation (WTO) und Freihandelsabkommen mit der EU – würden die aktuellen Einkommen der Bauern noch «massiver runtersacken», sagte er. Die Erklärung dafür sei simpel: Ein WTO-Abschluss würde auch die europäischen Preise nach unten reissen. (sda)

### Banker: Nach Wachstum wieder Eintrübung

**BERLIN** – Der Bundesverband deutscher Banken sieht die Konjunktur derzeit nur auf einem Zwischenhoch.

«Das Wirtschaftswachstum in Deutschland fiel im dritten Quartal 2009 recht ordentlich aus», erklärte der geschäftsführende Vorstand Manfred Weber am Donnerstag in Berlin. «Auch für das vierte Quartal sind die konjunkturellen Vorzeichen gut. Dieses Bild wird sich jedoch im kommenden Jahr sehr wahrscheinlich eintrüben.» Der Verband hält dennoch an seiner Wachstumsprognose von 1,5 Prozent für 2010 fest. Weber führte mehrere belastende Faktoren für

die Konjunktur im kommenden Jahr an. «Die äusserst niedrige Kapazitätsauslastung der Unternehmen drückt auf die Ertragslage sowie die Investitionsperspektiven», erklärte er. «Ausserdem wird die Arbeitslosigkeit aller Voraussicht nach noch weiter steigen.» Die Weltwirtschaft verliere wegen allmählich auslaufender Konjunkturprogramme an Schwung.

Er mahnte zur Vorsicht beim Zurückfahren der expansiven Geldpolitik. Der Ausstieg der Europäischen Zentralbank aus den geldpolitischen Stützmassnahmen rücke in Sichtweite. Doch sei dabei umsichtig vorzugehen. (ap)